7 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.27 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte mich bedanken, bei den Klubobleuten wieder, wir kommen jetzt nämlich zur Tagesordnung, und einige Punkte sind hier en bloc abzustimmen. Wenn Sie so weit sind, dann beginne ich gleich, und zwar sind en bloc einstimmig bereits vorbesprochen, die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 4, Tagesordnungspunkte 5, 8 und 9, alle einstimmig, und auch der Tagesordnungspunkt 10.

En bloc:

7.1 Stk. 1) A2-165218/2024/0001

**Landtagswahl am 24. November 2024;
Aufwandsgenehmigung i.H. von
insgesamt EUR 880.000,00**

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher gemäß § 61 Abs. 1 Statut der Landeshauptstadt Graz (LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 118/2021 - Statut den

Antrag

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 7 Statut der Landeshauptstadt Graz (LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 118/2021 - Statut) beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die Abwicklung bzw. Durchführung der Landtagswahl 2024 im Sinne des Motivenberichtes über insgesamt € 880.000,00 wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.2 Stk. 2) A8/4-054633/2024-0088,
A8-147713/2024-01**

Sturm-Trainingszentrum Puntigam

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6, 9 und 11 sowie § 93 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 122/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Der Budgetvorsorge in Höhe von insgesamt € 3.100.000, -- für das Jahr 2025 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2025 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2025	EVA 2025
210	840000	1.001000	12103450	Sturm-Trainingszentrum Puntigam/ Unbebaute Grundstücke	D.210345	+3.100.000	
180	840000	2.346000		Investitionsdarlehen		+3.100.000	

Die Bedeckung von € 3.100.000, -- für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

2. *Ankauf einer Teilfläche des Grst 404/21 KG Rudersdorf*
3. *Vermietung der Liegenschaft an Sturm*
4. *Verzicht auf die Einhebung des Bestandentgelts auf die Dauer von 15 Jahren*
5. *Einräumung einer Kaufoption für Sturm*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.3 Stk. 4) Präs. 011250/2003/0053

**Altstadt-Sachverständigenkommission
(ASVK) Vertretung der
Landeshauptstadt Graz**

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher gemäß § 61 Abs 1 des Statutes den

ANTRAG

der Gemeinderat wolle beschließen:

*Als Vertretung der Stadt Graz in der Altstadt-Sachverständigenkommission werden
Frau Ing. Mag.ⁱⁿ Eva Tangl sowie Herr Mag. Christoph Breser jeweils als Mitglied und
Frau DI Dr.ⁱⁿ Eva Kuss sowie Frau DI Dr.ⁱⁿ Marion Starzacher jeweils als Ersatzmitglieder
nominiert.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.4 Stk. 5) Präs. 039689/2019/0023,
Präs. 121742/2018/0006,
Präs. 045639/2022/0011**

**Entsendung von Bediensteten der
Stadt Graz in diverse Körperschaften
und Kommissionen**

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher gemäß § 61 Abs 1 des Statutes den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Als Vertretung der Stadt Graz in den betreffenden Körperschaften und Kommissionen werden die der beiliegenden Liste zu entnehmenden Bediensteten der GGZ bestellt. Die Liste bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.*
2. *Als Vertretung der Stadt Graz in der Viehzuchtgenossenschaft St. Radegund reg. Gen.m.b.H. soll anstelle von Frau Mag.^a Alexandra Gruber nunmehr die aktuelle Leiterin des Veterinärreferats, Frau Mag.^a Lisa Schatz, bestellt werden.*
3. *Als Vertretung der Stadt Graz im Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern soll nunmehr die neue Gleichbehandlungsbeauftragte der Stadt Graz, Frau Doris Kirschner, bestellt werden.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.5 Stk. 8) A8/4-153312/2024/0009,
WG-039853/2016/0090**

**Baurecht Liegenschaft Sigmundstadl 6;
Antrag auf Zustimmung**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. 77/2024, sowie der Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnen Graz gemäß § 4 des Betriebsstatutes Eigenbetrieb Wohnen Graz den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Baurechtsvertrag vom 03.02.2003 zwischen der Stadt Graz und dem Studentischen Wohnungsservice SWS/Graz wird rückwirkend mit 31.12.2024 gem. beiliegendem Vertrag einvernehmlich aufgelöst.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.6 Stk. 9) A8-018561/2006-0127

**Kunsthhaus Graz GmbH;
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz**

Originaltext des Antrages:

Die Beschlussfassung über die Punkte der Tagesordnung fällt in die Kompetenz des Gemeinderates. Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen Beteiligungen und Immobilien den

Antrag

der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes des Landeshauptstadt Graz LGBl.130/1967 i.d.F. LGBl. 122/2024, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der ao. Generalversammlung der Kunsthhaus Graz GmbH am 28. Jänner 2025 das Stimmrecht wie folgt auszuüben:

Ad TOP 2 - Zustimmung zur Tagesordnung

Ad TOP 3 - Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Ad TOP 4 - Zustimmung zum Jahresvoranschlag 2025 v. 02.12.2024 der Kunsthhaus Graz GmbH lt. Beilage

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.7 Stk. 10) A8/4-002156/2016-0184,
A8-147712/2024-1,
A10-BD-000154/2015-31**

**Graz-Reininghaus-Schulcluster;
Erhöhung der Projektgenehmigung um
EUR 776.000,- auf EUR 5.196.000,-**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 iVm § 93 Abs. 1. des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 122/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Erhöhung der Projektgenehmigung um EUR 776.000,- auf EUR 5.196.000, - im ICF der A8/4 wird zugestimmt.*
- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von EUR 776.000,- für das Jahr 2025 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2025 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2025	EVA 2025
210	211000	1.001000	12103200	VS Reininghaus Grundstück / Unbebaute Grundstücke	D.210320	+776.000	
180	211000	2.346000		Investitionsdarlehen		+776.000	

Die Bedeckung von EUR 776.000,- für 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

3. *Die Zusatzvereinbarung wird genehmigt.*

4. *Die Stadtbaudirektion wird damit beauftragt, die Errichtung der zukünftig öffentlichen Flächen durch die Grundstückseigentümerin hinsichtlich der Qualitäts- und Kostenvorgaben der Stadt Graz zu begleiten.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dann darf ich bitten, als Berichterstatterin, Tagesordnungspunkt 3, Frau Klubobfrau Sahar Mohsenzada und ich darf den Vorsitz an meinen Stadtratskollegen Eber übergeben.

Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (13.28 Uhr)

7.8 Stk. 3) Präs. 063204/2018/0008

**Europäische Städtekoalition gegen
Rassismus: 10-Punkte-
Aktionsprogramm für den Zeitraum
2025-2027**

(Berichterstatterin: KO Mohsenzada, KPÖ)

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Ein gutes neues Jahr auch von meiner Seite, liebe Zuseherinnen und Zuseher und werte Kolleginnen und Kollegen. Ich darf das Stück präsentieren, was vorhin schon angekündigt wurde, vielleicht nur ganz kurz zur Historie: Die Stadt Graz ist seit 29.06.2006 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Diese zeigt sich in einem regen Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Städten, über Handlungsstrategien und guten Praxisbeispiele, die das Wohl der kommunalen Gesellschaft und die Förderung einer Kultur der Menschenrechte im Sinne der Menschenrechtserklärung der Stadt Graz vom 08.02.2001 fördern. Die Mitglieder dieser ECCAR sind verpflichtet, den 10-Punkte-Programm gegen Rassismus zu entwickeln, umzusetzen, anzupassen und darüber Bericht zu erstatten. Das erste 10-Punkte-Programm wurde vom Gemeinderat am 29.06.2006 im Rahmen des Beitritts zur Europäischen Städtekoalition beschlossen. In den Jahren 2009, 2012 und 2020 wurde drei weitere Programme vom Grazer Gemeinderat verabschiedet. Der

wissenschaftliche Beirat und UNESCO als dessen Mitglied haben zu den ersten drei Programmen eine positive Rückmeldung gegeben. Die Gutachten zum vierten Programm werden erwartet. Das vorliegende fünfte Aktionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2027 wurde, wie vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz im Menschenrechtsbericht 2023 empfohlen, gemeinsam von allen Magistratsabteilungen unter der Koordination der Präsidualabteilung vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz und vom Migrant:innenbeirat der Stadt Graz erarbeitet.

Nun gehe ich ganz kurz zu den Punkten durch, es ist ein sehr ausführliches Stück, und zwar der erste Punkt, also die erste Verpflichtung ist der Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritätsnetzwerkes. Darunter fällt der Menschenrechtsbeirat, der politische Diskurs ohne Rassismus, Wahlkampfmonitoring, Bericht im Gemeinderat, das Friedensbüro und der Menschenrechtspreis. Unter Verpflichtung 2 fällt der Aufbau einer Datensammlung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können. Darunter fallen die Abbildung der Menschenrechtserklärung der Stadt Graz in der Balance-Score-Card, der Menschenrechtsbericht, den Lebensqualitätsindikatoren und die Verpflichtung Nummer 3 fordert die Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können. Das umfasst die Antidiskriminierungsstelle Steiermark. Zur Verpflichtung Nummer 4, die bessere Information der Bürgerin über ihre Rechte und Pflichten, über die Schutzmaßnahmen, die rechtlichen Möglichkeiten und die Sanktion für rassistisches Verhalten, darunter fällt ein Migrant:innenbeirat, die Bekanntmachung der Unterstützungsmöglichkeiten, das „Graz sind wir alle“ Lebensbilder, die Sportvereine gegen Rassismus. Verpflichtung Nummer 5 umfasst die Förderung gleicher Chance auf dem Arbeitsmarkt. Darunter fällt die Arbeitsgruppe „Dialog Beschäftigung“, die Bereitstellung von Übersetzerin für das Gründungserstgespräch bei der Wirtschaftskammer, die Grazer Lehrlings- und Ausbildungsinitiative „Graz bildet aus“, der Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung, die Veranstaltung zum Thema Migration und Wirtschaft, die Antidiskriminierungsklausel in Förderverträgen und die Beschäftigung „Perspektiven und Talente integrieren“. Verpflichtung Nummer 6 inkludiert etwas ganz Neues, und

zwar das inklusive E-Government, die verständliche Sprache „Graz verständlich“, die Mehrsprachigkeit im Parteienverkehr, der Leitfaden zur Vielfalt-sensiblen Kommunikation in der Stadtverwaltung, die Qualitätsbewertung von Magistratsdienstleistungen durch Parteien, die Erhebung von Rassismuserfahrung unter Bediensteten der Stadt Graz, den Leitfaden zur magistratsinternen Vorgehensweise bei Rassismuserfahrungen und rassistischen Mikroaggressionen und das Diversitätsmanagement. Des Weiteren die Aus- und Weiterbildung an der Verwaltungsakademie Graz und die Schulung der Ordnungswache, ebenso die Schulung für den Bereich des öffentlichen Verkehrs und der Holding und das Diversitätskonzept für die GPS. Verpflichtung Nummer 7 umfasst die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung von Wohnungen, also die Wohnungsinformationsstelle, die Nachbarschaftsservices, die Stärkung Stadtteilarbeit und Nachbarschaftsbüros und Organisation von Spielplatzfesten. Nummer 8 umfasst die Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen, die Förderung von Respekt im Umgang und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung. Das wäre der Grazer „Stärkenpass“, die Stadtbibliotheken LABUKA und [kju:b], Sprach- und Bildungsförderung, Deutschkurse und Sportkurse in den Sommerferien, die Integrationsbotschafter:innen. Die Verpflichtung Nummer 9 umfasst die Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen und im öffentlichen Raum und im städtischen Leben. Das umfasst das Leitbild „Graz sind wir alle“, das Fest für alle, das „Writer / Artist in Exile“, die Mehrsprachigen Literatur- und Sprachlernprogramme für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Nummer 10 umfasst die Entwicklung und oder Förderung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements, darunter die „BanHate“-Postings, die Dokumentation „Verfolgung von Hass im Internet“, der interreligiöse Dialog „Community Spirit“, der „next: no to extremism“-Plattform zur Prävention antidemokratischer Strömungen und Extremismus und die Charter für die öffentlichen Verkehrsmittel.

Ich bitte um Annahme dieses wertvollen Stückes.

Originaltext des Antrages:

Gemäß § 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr. 130/1967, in der geltenden Fassung stellt der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Katastrophenschutz und Feuerwehr und internationale Beziehungen den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Dem beiliegenden Zehn-Punkte-Aktionsprogramm zur konkreten Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in unserer Stadt für den Zeitraum 2025-2027 im Rahmen der Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus wird zugestimmt.*
- 2. Das Aktionsprogramm ist nach Unterfertigung durch die Bürgermeisterin an die Geschäftsführung der Städtekoalition und an die UNESCO zu übersenden.*

Stadtrat **Eber:**

Danke für die Berichterstattung. Gibt es dazu Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Unger, bitte.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kollegin Mohsenzada hat ja schon genau ausgeführt, wie umfassend die Verpflichtung und Selbstverpflichtung der Stadt Graz als Mitglied des ECCAR-Netzwerkes ist. Ich darf auch gleich sagen, dass wir natürlich dem Programm zustimmen, weil es auch eine sehr lange Tradition hat, die auch schon über viele Jahre getragen wird und einen wesentlichen Teil auch des Grazer Umgangs mit dem Thema Rassismus bedeutet. Was mir ganz wichtig ist und was vielleicht auch in

diesem Papier gut hätte Platz finden können, ist der Dank und auch die Anerkennung all jener, die sich gerade in den Magistratsabteilungen, aber auch im Haus Graz bereits sehr verdient um dieses Thema machen, die einen entsprechenden Umgang pflegen und was sozusagen auch zu einem Selbstverständnis, so meine ich, der Mehrheit der Bediensteten, dazu gehört. Das finde ich bemerkenswert, das verdient auch Dank. Das ist durchaus zwischendurch auch, glaube ich, eine herausfordernde Tätigkeit, je nachdem, wo man eben tätig ist, und ich darf zwei kleine Punkte aus dem Programm noch für einen Zusatzantrag heranziehen. Das eine ist das Thema der Antidiskriminierungsklauseln. Wir sollten hier, glaube ich, eine Angabe oder zumindest eine Ankündigung von Kriterien einpflegen, damit in keiner Richtung Willkür irgendwie stattfinden kann. Ich glaube, das dient der Sicherheit auf beiden Seiten, sowohl der Kundschaften, aber eben auch der Bediensteten, und der zweite Punkt, den ich im Rahmen dieses Zusatzantrages einbringen möchte, betrifft den Punkt 6.5 im vorliegenden Papier, wo es um die Qualitätsbewertung von Magistratsdienstleistungen durch Parteien geht. Hier ist ausschließlich von Rassismus die Rede, was natürlich folgerichtig ist, wenn es um dieses Städtenetzwerk gegen Rassismus geht, unsere Anregung wäre trotzdem, den Begriff auch um jenen der Diskriminierung zu erweitern, der umfasst einfach ein noch breiteres Spektrum, und im Sinne dieser Erklärung darf ich eben den

Zusatzantrag

stellen, dass in den Punkten 5.6 und 6.5 einerseits Antidiskriminierungsklausel und andererseits eben Qualitätsbewertung, die Angaben entsprechend ergänzt werden. Ich darf um Annahme bitten.

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Grundsätzlich baut das Papier auf eine lange Tradition auf. Leider wird nirgends lobend erwähnt, wie viel schon getan wird und dass die große Mehrheit der Magistratsbediensteten selbstverständlich menschenrechtskonform agiert. Dies halten

wir als ÖVP für bedauerlich und sollte unbedingt bei zukünftigen Berichten genauer mitgedacht werden.

Zwei Punkte möchten wir dennoch schon jetzt einbringen, daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

- 1. 5.6. Antidiskriminierungsklauseln: Hier sollte es die Angabe (oder wenigstens Ankündigung) von Kriterien geben, damit hier in keine Richtung Willkür möglich ist.*
- 2. 6.5. Hier sollte neben dem Punkt Rassismus auch der Punkt Diskriminierung aufgenommen werden*

Stadtrat **Eber:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Stadträtin Schönbacher, bitte.

Stadträtin **Schönbacher:**

Vielen herzlichen Dank. Dieser Bericht hängt natürlich unmittelbar zusammen auch mit dem Bericht des Menschenrechtsbeirates und auch dem Bericht des Migrant:innenbeirates und da möchte ich einmal anmerken, natürlich sind wir alle gegen Rassismus und da muss es auch Maßnahmen geben, deshalb gibt es in diesem 10-Punkte-Programm auch durchaus einige Punkte, wo wir zustimmen können und eine absolute Übereinstimmung sehen, das ist die eine Seite. Die andere ist, hier arbeiten sehr, sehr viele Menschen zusammen, die einen aus Eigeninitiative, die anderen, weil sie betroffen sind, aber manche auch, weil sie Geld damit verdienen. Ist natürlich alles in Ordnung, aber deshalb muss man nicht immer alles gutheißen, was

auf Papier steht. Ich habe so das Gefühl, wenn ich das durchlese, dass das zum Teil Aufzählungen von vielen Punkten sind, die halt drinnen stehen, um das Papier ein bisschen zu erweitern, aber nicht alles ist, was in diesem Papier drinnen ist, ist auch tatsächlich die Aufgabe der Stadt Graz, weil da sind einige Punkte drinnen, wo ich sage, da gibt es schon sehr viel. Wenn ich jetzt das Thema Wirtschaft hernehme, dann muss es doch die Aufgabe des AMS sein, da etwas mehr einzugreifen oder den Punkt Wahlkampfmonitoring, also jemand, der einen Wahlkampf betreibt, wird im Normalfall auch gewählt werden wollen, also wird er selber wissen, was er da plakatiert und was nicht und was hilft es, wenn der andere dann hinzeigt? Wenn die Menschen jemanden wählen wollen, dann wollen sie denjenigen wählen. Also, finde, das ist eine Bevormundung und Einmischung. Auf der anderen Seite möchte ich auch sagen, die vielen Menschen, die im Migrant:innenbeirat mitarbeiten oder auch im Menschenrechtsbeirat mitarbeiten, erwarten sich natürlich auch, dass viele der Punkte auch tatsächlich umgesetzt werden und nur weil es hier ein Papier dazu gibt, heißt das noch lange nicht, dass es hier auch eine Umsetzung gibt und wenn ich das Papier jetzt da draußen den Bürgern zeigen möchte, dann gibt es da auch keine konkreten Beispiele, obwohl natürlich sehr viele Abteilungen da mitgearbeitet haben, aber man kann sich als Otto-Normalbürger da eigentlich nicht viel darunter vorstellen und das finde ich jetzt schade, weil das macht das Papier ein bisschen weniger wert, als tatsächlich dahintersteckt, weil sich sehr viele Menschen hier dazu ja wirkliche Gedanken machen. Zusätzlich möchte ich auch noch anmerken, wir müssen sparen. Es wird in allen Abteilungen eingespart und dann wird Geld ausgegeben für zum Beispiel, was relativ weit hinten steht, „Organisation von Spielplatzfesten“. Also, wenn ich das da draußen Leuten erzähle, die sich ihre Stromkosten nicht mehr leisten können, dann werden die mich natürlich fragen und zu Recht fragen, was beschließt ihr da drinnen und wie weltfremd sind manche Dinge, die ihr da besprecht und diskutiert? Und zusätzlich möchte ich noch sagen, ich meine, wir haben ja eine Antidiskriminierungsstelle, wo ich mich hinwenden kann, Gott sei Dank gibt es diese, und da soll man sich auch hinwenden, wenn man tatsächlich betroffen ist, aber meiner Meinung nach sollte man nicht viel Papier produzieren und sehr viel mehr Geld

ausgeben, als tatsächlich sein muss in Zeiten, wo man sparen muss. Und was tatsächlich auch einige Punkte, einige Anregungen, die drinnen sind, wie jetzt zum Beispiel, dass die Kinder besser aufgeteilt werden sollen auf verschiedene Schulen, das haben wir teilweise nicht im Stadtgebiet. Auf der anderen Seite haben wir in Reininghaus eine neue Volksschule, wo Kinder mit 24 verschiedenen Muttersprachen dort sehr ambitioniert ihren Schulalltag meistern, auch gemeinsam mit den Lehrern. Man wird dann sehen, wie gut das auch zu schaffen ist, weil ich glaube, in der Volksschule sind die Kinder ja noch motiviert und in Kombination dazu möchte ich auch noch einmal sagen, wir bieten ein sehr umfassendes Programm für Deutschkurse an, aber nicht nur wir als Stadt Graz, weil wir sehen, dass es da einen Bedarf gibt, sondern auch vom Bund, vom AMS, vom Land Steiermark gibt es diverse Deutschförderangebote und auch da sehe ich, natürlich ist es wichtig Deutsch zu fördern, aber da sehe ich die Forderung nach Mehrsprachigkeit überhaupt nicht, weil das ist natürlich Deutsch, die Amtssprache, meinetwegen kann man Englisch noch dazu anbieten, wenn sich jemand anfänglich schwertut, aber wenn man miteinander kommunizieren möchte und wenn man Missverständnisse so gut wie möglich aus dem Weg räumen möchte, dann ist natürlich eine gemeinsame Sprache die wichtigste Voraussetzung und das kann jetzt nicht Farsi oder sonst irgendwas sein, sondern das muss einfach Deutsch sein. Das gehört weiter gefördert und die Mehrsprachigkeit ist zwar sehr nett, aber trotz alledem sollte man schon darauf achten, dass sich alle Menschen in einer Sprache verständigen können bei uns und das ist natürlich hauptsächlich bei uns Deutsch. Vielen Dank.

Stadtrat **Eber**:

Zu Wort gemeldet hat sich der Gemeinderat Tristan Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung und Zuseher:innen, liebe Frau Kollegin Schönbacher. Was war denn das gerade für eine Wortmeldung? Nein, aber wirklich. Das war jetzt einmal quer durchs Gemüsebeet, alle möglichen Themen anschneiden, um irgendwie einen, also der einzige rote Faden ist... Ich meine, wie werdet ihr denn abstimmen? Das hast du leider vergessen zu sagen. Aber es hat sich so angehört, als hättest du gerade alles, was dir eingefallen ist, zum Ausdruck gebracht, um nicht sagen zu müssen, wir als KFG sind gegen ein Anti-Rassismus-Programm. So hat sich das ein bisschen angehört. Dieses Programm, Rassismus ist ein Thema, ein Phänomen, das alle gesellschaftlichen Schichten durchdringt und auf allen Ebenen bearbeitet werden muss. Das ist so sonnenklar und natürlich muss die Stadt Graz da auch Maßnahmen setzen und eben auch Strategiepapiere erarbeiten und was mich wirklich schon direkt empört, ist die Art und Weise, wie du jetzt hier Leute, die von finanziellem Stress betroffen sind, ausgespielt hast gegen Rassismus-Betroffene, wo das doch oft dieselben Leute sind, und was soll das? Es geht um die europäische Städtekoalition gegen Rassismus und dass wir Teil davon sind und dass wir ein Aktionsprogramm umsetzen zum wiederholten Mal, weil die Stadt Graz sich da kontinuierlich engagiert. Was ist da so schlimm dran? Das verstehe ich nicht und ich habe deine Wortmeldung jetzt wirklich sehr befremdlich gefunden. Ich weiß, teilweise fallen mir halt all die Themen, die du angeschnitten hast, auch gar nicht mehr ein, aber vielleicht bringen wir es auf den Punkt: Werdet ihr zustimmen? Ein Nicken genügt mir. Oder werdet ihr nicht zustimmen? Ja, ihr wollt also einem Anti-Rassismus-Programm nicht zustimmen. Danke schön.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Herr Kollege Ammerer. Ich hoffe, Sie haben Ihren Blutdruck wieder eingefangen und die vielleicht künstliche Hysterie vielleicht wieder gebremst. Ich hoffe, Ihnen geht es gut. Was Sie an den Tag legen, beweist schon auch eine gewisse Abgehobenheit und eine gewisse Frechheit. Was Sie praktizieren, ist im Prinzip dieser totalitäre Gesellschaftsliberalismus, den Sie jedem aufpressen möchten und wo Sie keine andere Meinung zulassen. Das ist wirklich bis zu einem gewissen Grad mit einer Demokratie nicht vereinbar, weil was hat denn die Frau Stadträtin genau genommen ausgeführt? Sie hat gesagt, selbstverständlich sprechen wir uns gegen jede Form des Rassismus aus, aber hier ist ein Bericht gegeben, wo das Wort Rassismus als Labeling obendrauf steht und viele andere Themen unten hineingemischt werden. Was ist denn daran zu kritisieren oder warum ist es nicht erlaubt in Ihren Augen zu kritisieren, dass man Dolmetsch-Leistungen in gewissen Bereichen nicht haben möchte? Nicht wegen einem Kostenfaktor, aber auch vielleicht ist das zusätzliche Argument, das man sagt, wird Integration dann nicht eigentlich bis zu einem gewissen Grad von den Betroffenen als Unnützlich betrachtet. Ist ein Integrationsdruck allein deshalb nicht gegeben, dass man eben die deutsche Sprache lernt? Es gibt viele andere Punkte, die man genauso, völlig zu Recht, und zwar auch aufgrund der Tatsache, dass man Rassismus ablehnt, auch andere Punkte in diesem Bericht ablehnen kann. Warum kann man nicht dieses Wahlkampfmonitoring ablehnen, weil man eben sagt, es ist eine Eingrenzung der Meinungsfreiheit? Es ist eine Verengung des Meinungsfreiheitskorridors. Wieso ist das in Ihren Augen nicht zulässig? Und ich kann es wirklich nicht nachvollziehen, wie man immer so eine künstliche Betroffenheit hier an den Tag legt und diesen totalitären Liberalismus über alle anderen Meinungen drüber stülpen möchte, ohne dass man in irgendeiner Weise sachlich auf die Argumente, in dem Fall sachlich auf die Argumente der Frau Stadträtin, eingeht. Das ist eigentlich unerträglich von Ihrer Seite.

Stadtrat **Eber**:

Zu Wort gemeldet hat sich die Gemeinderätin Naghibi und dann die Frau Gemeinderätin Unger.

Gemeinderätin **Naghibi**:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, Stadtsenat. Genau, ich möchte kurz etwas dazu sagen: Österreich, meine Wahlheimat, war zweimal in einem Weltkrieg involviert. Nicht kollateral, sondern durchaus federführend mit sehr viel Verantwortung dabei und schon in meiner Schulzeit war ich damit beschäftigt oder wurde darin unterrichtet, das Aufzuarbeiten und die Ursachen dafür. Grund war nicht nur die wirtschaftliche Lage damals, dass Menschen in Not waren, Grund war nicht nur der Mangel an Bildung, Grund war nicht nur, dass Vielvölker teilweise parallel zueinander gelebt haben, Grund war auch, dass Menschen bei ihren Herausforderungen keine Unterstützung hatten und das Ganze instrumentalisiert werden konnte, durch Faschismus. Nach dem 2. Weltkrieg haben sich die Alliierten zusammengetan und beschlossen, man soll Österreich unterstützen, aber nicht nur in Aufbau, sondern eigentlich auf alle anderen Ländern auch übergreifend durch den Marshallplan absichern, dass in Österreich ein Sozialstaat gewährleistet werden kann, sodass Menschen nicht mehr in so eine Situation kommen und sodass dieser Faschismus nicht diese Chance bekommen kann, die er zu der Zeit hatte, und ich muss sagen, dass wir zu diesem Zeitpunkt nicht nur einen Bundeskanzler namens Herrn Kickl ins Auge sehen dürfen, der sich öffentlich hinstellt und sagt, Viktor Orban ist sein Vorbild, sondern wenn ich solche Wortmeldungen und solche Fragen und Anträge höre und mir denke, wie kann ein Politiker oder Politikerin des 21. Jahrhunderts in irgendeiner österreichischen Stadt nicht verstehen, dass einen Sozialstaat aufrechtzuerhalten, ja, und mit allen möglichen Mitteln zu kultivieren, für unser aller Wohl wichtig ist, um diesen Faschismus zu verhindern, dann frage ich mich wirklich, ob er oder sie den richtigen Beruf erwählt hat und wenn ich ihm persönlich beantworten darf, dann sage ich nein, die Qualifikationen eindeutig nicht erfüllt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat **Eber**:

Zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Claudia Unger.

Gemeinderätin **Unger**:

Ich wollte zunächst einmal zur allgemeinen Beruhigung zwei Dinge erklären. Das Erste, das Thema des Wahlkampfmonitorings scheint mir stark missverstanden zu werden. Das ist nämlich eine Beurteilung der Wahlkampagnen aller wahlwerbenden Parteien. Das wird seit vielen Jahren in Graz durchgeführt, wo es entsprechende Rückmeldungen über den Menschenrechtsbeirat gibt. Es gibt keine Einschränkung im Wahlkampf, sondern eine Beurteilung, wie der Wahlkampf geführt wird. Ich glaube, das ist legitim, das kann man durchaus machen, und zum allgemeinen Aktionsplan möchte ich sagen, dass da viele Maßnahmen drinnen sind, die logischerweise längerfristig gedacht werden müssen, weil das Thema ein ständiger Begleiter ist und dementsprechend auch Zeit brauchen und sehr viele Querschnittsmaterien betreffen. Aus diesem Grund ist es, glaube ich, eine Tradition, der man folgen kann, weil es ein ständiges Bemühen ist, wie bei sehr vielen politischen Themen. Also, ich glaube, man kann diesem Aktionsplan, und ich hoffe auch dem Zusatz, entsprechend zustimmen, weil es, glaube ich, eine Fortführung einer erfolgversprechenden Arbeit ist. Ich darf mir trotzdem erlauben zur letzten Wortmeldung von der Kollegin Naghibi zu sagen, dass ich dringend, gerade bei diesen sensiblen Debatten, vor dieser etwas grausen Vermischung von Begrifflichkeiten warnen möchte. Wir haben jetzt von Rassismus, von Faschismus, vom Marshallplan, der zugleich den Sozialstaat in Österreich ermöglicht haben soll, gehört. Das sind bitte Dinge, wo eine ganz genaue Betrachtung, der Beginn einer ordentlichen, sauberen und seriösen Debatte sein sollte, und da ist jetzt einiges vermischt worden, was, und das bedaure ich besonders, dem Papier, das heute vorliegt, nicht besonders gedient hat. Ich würde also bitten, dass wir auf den Boden der Sachlichkeit zurückkehren. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Günter Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Zur Frau Naghibi möchte ich dann schon auch noch anmerken, also wenn man jetzt einen historischen Abriss über die letzten 100 Jahre machen möchte, dann wäre es vielleicht auch wichtig zu erkennen, dass gerade durch die Revolution in Russland 1917 es erst dazu gekommen ist, dass in Teilen, und das ist jetzt bitte nicht meine persönliche Meinung, falls Sie jetzt lachen, lachen Sie eigentlich über eine stehende zeithistorische Meinungslage, die, glaube ich, wissenschaftlich unterlegt ist, dass gerade zum Beispiel das Aufkommen des Faschismus in Italien, aber auch das Aufkommen des Faschismus in Österreich, Deutschland hauptsächlich auch davon getrieben war, dass halt leider Gottes die Menschen in Italien auf keinen Fall haben wollten, dass sie einen Sowjet-Kommunismus auch in Italien bekommen und dass daher sozusagen, wenn man das Gesamtbild sehen möchte, man Faschismus als einen weiter gefassten Begriff eines gegensätzlichen Grabenbauens gibt und einer Missachtung von Menschenrechten, sodass man das tatsächlich nicht nur jetzt so einfach sehen kann, dass halt durch den Marshallplan jetzt der Faschismus verhindert worden wäre. Wollte ich nur zur historischen Absicherung sicherheitshalber zu Protokoll geben, falls jemand im Gemeinderat da nicht am letzten Stand ist.

Stadtrat **Eber**:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Doch. Herr Gemeinderat Zirngast.

Gemeinderat **Zirngast**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nur zu dem letzten Redebeitrag vom Herrn Stadtrat, also das ist

Geschichtsrevisionismus erster Klasse, dem Kommunismus zu unterstellen, am Faschismus schuld zu sein, vor allem am Nationalsozialismus. Die Kausalität ist zum Beispiel in Österreich, dass der politisch organisierte Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Faschismus im Wesentlichen von der KPÖ getragen wurde. Das ist zum Beispiel eine Kausalität. Und wenn Sie sagen, wissenschaftlich nachweisbar, das ist wissenschaftlich nachweisbar, dass 80 bis 90 % der Inhaftierten, Angeklagten und zum Tode verurteilten und auch Ermordeten im faschistischen Regime, nationalsozialistischen Regime in Österreich der Kommunistischen Partei zuzuordnen sind. Also, wenn wir über Kausalitäten reden, das möchte ich dann nur anmerken, aber eigentlich geht es um ganz etwas anderes und darüber sollten wir jetzt abstimmen. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann ersuche ich um das Schlusswort.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Es überrascht mich schon ein bisschen, dass jetzt so groß diskutiert wurde, nachdem es schon dieses Stück öfters, mehrfach eigentlich, einstimmig beschlossen wurde. Also wird es hier um etwas anderes gehen, schätze ich einmal. Liebe Claudia Schönbacher, ich kann ja nur sagen, Mehrsprachigkeit ist etwas Tolles. Also ich kann fünf Sprachen und komme sehr gut um die Welt und ich glaube, das ist nicht von Nachteil und liebe Claudia Unger, danke für den sachlichen Beitrag. Wir werden dem Zusatzantrag zustimmen. Dann wurde glaube ich, alles andere von meinen Kolleg:innen gesagt. Danke vielmals.

Stadtrat **Eber**:

Danke. So, damit kommen wir zur Abstimmung zunächst über das Stück „Europäische Städte Koalition 10-Punkte-Aktionsprogramm“ wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen von KFG, FPÖ und Herrn Gemeinderat Eustacchio. Ist damit angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).

Wir kommen zum Zusatzantrag von der ÖVP, eingebracht von Claudia Unger. Wer diesem Zusatzantrag die Zustimmung gibt, bitte ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis gegen KFG, FPÖ und Herrn Eustacchio angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, wenn ich das richtig sehe, sind wir bei den Bebauungsplänen. Herr Gemeinderat Christina Sikora zum Bebauungsplan 14.13.3.

7.9 Stk. 6) A14-047986/2014/0040

**14.13.3 BBPL „Reininghausstraße—
Alte Poststraße—Alt Reininghaus“**

(Berichterstatter: GR Sikora, KPÖ)

Gemeinderat **Sikora:**

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung.

Jetzt etwas trockenere Materie, und zwar geht es hier um den Bebauungsplan 14.13.3.

Reininghausstraße—Alte Poststraße—Alt Reininghaus. Einige werden sich noch erinnern,

den hatten wir schon zweimal auf der Tagesordnung. Heute geht es um die dritte

Änderung. Ganz kurz zur Ausgangslage, der 14.13.3. Bebauungsplan wurde am

09.07.2015 vom Gemeinderat beschlossen und am 22.07.2015 veröffentlicht. In der

ersten Änderung wurden die ursprünglichen Bauplätze 1 und 2 in weitere Bauplätze

unterteilt, um eine wirtschaftliche Umsetzung der geplanten Bebauung zu

ermöglichen. Die erste Änderung wurde am 05.07.2018 im Gemeinderat beschlossen.

Gemäß Beschluss des Gemeinderates am 29.04.2021 wurde die Tennenmälzerei durch

die Stadt Graz erworben, hierfür wurde die zweite Änderung des 14.13.1.

Bebauungsplanes durchgeführt. Diese zweite Änderung wurde am 20.05.2021

beschlossen. Für den nun denkmalgeschützten Malzsilo wurde ein Bauansuchen

betreffend Um- und Zubau des Bestandsgebäudes und Nutzungsänderung als

Bürogebäude inklusive Gastronomiebetrieb eingebracht. Das Projekt wurde mit

Bescheid vom 25.05.2023 durch die Bau- und Anlagebehörde bewilligt. Um eine

Teilung der betreffenden Liegenschaft durchführen zu können, wurde nunmehr seitens

der Eigentümer eine Änderung des Bebauungsplanes als dritte Änderung beantragt.

Ganz kurz nur zu den Änderungen, da gab es nur vom Amt der Steiermärkischen

Landesregierung und vom Straßenamt Einwendungen, welche alle positiv erledigt

wurden. Der Inhalt des Bebauungsplans besteht aus dem Verordnungswort und der

zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung sowie einem

Erläuterungsbericht. Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt

daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen: Erstens, den 14.13.3 Bebauungsplan „Reininghausstraße–Alte Poststraße–Alt Reininghaus“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und zweitens die Einwendungserledigungen.
Bitte um eine Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 14.13.3 Bebauungsplan „REININGHAUSSTRASSE — ALTE POSTSTRASSE — ALT REININGHAUS“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Stadtrat **Eber**:

Danke für den Bericht. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer diesem Bebauungsplan zustimmt, ersuche ich, um ein Zeichen mit der Hand. Das schaut nach Einstimmigkeit aus. Gegenprobe. Ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir bleiben in Eggenberg. Herr Klubobmann Dreisiebner berichtet den nächsten Bebauungsplan.

7.10 Stk. 7) A14-087807/2023/0019

**14.42.0 BBPL „Hauseggerstraße—
Heinrich-Heine-Straße—
Königshoferstraße—Gaswerkstraße“**

(Berichterstatter: KO Dreisiebner, Grüne)

Klubobmann Dreisiebner:

Geschätzter Herr Vorsitzender Manfred Eber, danke für die freundliche Begrüßung am Redner:innenpult, geschätzte Mitglieder Stadtregierung, hoher Gemeinderat, werte Zuseher:innen hier auf der Galerie und daheim an oder an ihrem Ort an den Endgeräten. Ich darf den Bebauungsplan 14.42.0 in Eggenberg vorstellen. Hier ist mit Schreiben vom 9. Dezember 2020 durch den Eigentümer der Liegenschaft in der Gaswerkstraße 43 um die Erstellung eines Bebauungsplanes angesucht worden, dem haben sich weitere Eigentümer:innen in diesem Bebauungsplangebiet angeschlossen. Das Planungsgebiet weist in seiner Gesamtheit eine Größe von 20.271 m² auf. Der vierte Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz legt hier in dem Bereich überwiegend ein allgemeines Wohngebiet, teilweise im Sanierungsgebiet Lärm, mit einer Bebauungsdichte von 0,6 bis 1,2 fest. In der Mitte des Planungsgebiets ist ebenfalls eine Vorbehaltsfläche für eine öffentliche Parkanlage mit der Nachfolgenutzung allgemeines Wohnen, Dichte 0,4 bis 0,8, ausgewiesen. Gemäß des Flächenwidmungsplanes Deckplan 1 ist hier zur Aufhebung des Aufschließungsgebietes die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Im Stadtentwicklungskonzept ist hier Wohngebiet hoher Dichte und eben auch dieser öffentliche Park „ÖPA“ als Vorbehaltsfläche bereits festgelegt. Ziel des Bebauungsplanes, der uns heute vorliegt, ist die Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im genannten Bereich. Es wurden entsprechende Vorarbeiten beim Stadtplanungsamt geleistet. Es wurde der Park, der eben im STEK und im FLÄWI vorgesehen ist, im Bebauungsplan abgesichert.

Ein Vertrag zwischen den Eigentümer:innen und der Stadt Graz ist hierfür auch in Bearbeitung. Im Gebiet selbst sind zum großen Teil Fragmente einer straßenbegleitenden Bebauung vorhanden, teilweise auch Bebauung mit begründeten Vorgartenzonen und diese Typologien sind mit Baugrenz- und Baufluchtlinien nun festgelegt. Das Verfahren wurde am 5. Juli 2023 durch Information an den zuständigen Ausschuss gestartet, die Kundmachung erfolgte wenige Tage später und die Auflage, öffentliche Auflage und Anhörung der grundbücherlichen Eigentümer:innen im Planungsgebiet erfolgte in der Zeit vom 20. Juli 2023 bis 28. September 2023. Zudem gab es die persönliche Beratung im Stadtplanungsamt und eine Informationsveranstaltung am 21. September 2023. Während der Auflagezeit, Juli bis September, ich lasse die Tage weg, langten eine Stellungnahme und 14 Einwendungen sowie eine Nullmeldung ein. Es wurden Änderungen zum Auflageentwurf von damals auf Basis der Einwendungen durchgeführt, so wurde etwa das Baufeld A in zwei Baufeldteilflächen aufgeteilt und es wurde das Wort Vordächer im § 4 der Verordnung ergänzt und zugleich wurde ein neuer Absatz bezüglich einer Unterbauung im Zugangsbereich des Parks festgelegt. Des Weiteren sind noch zu den Flachdächern, flach geneigten Dächern bis 10 Grad und Satteldächern, nun auch Walmdächer, beides, Satteldächer und Walmdächer bis 35-45 Grad Dachneigung, festgelegt. Der Stellplatzschlüssel wurde auf Basis der Einwendungen und zum Schutz des gewachsenen Bodens auch noch weiter geändert und eine Zufahrtsregelung für eine Liegenschaft, die Hausnummer Gaswerkstraße 41a, die über ein Fremdgrundstück verläuft, wird auch weiterhin gewährleistet. Die Planwerk- und Erläuterungsbericht wurden auch dementsprechend nachgeführt. Die Einwender:innen halten die Einwendungserledigungen, die diesem Stück angeschlossen sind, als Benachrichtigung mit entsprechender Erläuterung und Begründung nach dem Beschluss, bekanntermaßen. Ich darf im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung, der gestern getagt und das Stück einstimmig beschlossen hat, folgenden

Antrag

Stellen, der Gemeinderat wolle beschließen: den 14.42.0 Bebauungsplan „Hauseggerstraße — Heinrich-Heine-Straße — Königshoferstraße — Gaswerkstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie den Einwendungserledigungen zu beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 14.42.0 Bebauungsplan „Hauseggerstraße — Heinrich-Heine-Straße - Königshoferstraße - Gaswerkstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Vorsitzwechsel – VizeBgm. Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.00 Uhr).

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke für die Berichterstattung. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Topf:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Zuhörer:innen und Zuseher:innen. Selbstverständlich werden wir diesem

Bebauungsplan zustimmen, weil er sehr viele Maßnahmen auch, was den Grünraum betrifft, inkludiert, keine Frage. Wir haben heute in diesem Bebauungsplan auch die Straße, die Gaswerkstraße drinnen, und wir haben gestern sehr ausführlich mittels eines Informationsberichtes, Fahrradstraße, Gaswerkstraße, zu diskutieren begonnen. Es hat unterschiedliche Meinungen dazu gegeben. Insbesondere was auch die Führung zwischen Eckertstraße und Eggenberggürtel betrifft, es hat unterschiedliche Wortmeldungen dazu gegeben. Es ist insbesondere auch moniert worden, insbesondere auch von unserer Seite, aber auch von anderer Seite, dass wir von der ursprünglichen Projektgenehmigung 50.000,- jetzt bei in etwa 750.000 bis 800.000 Euro liegen, und das scheint uns ziemlich ein großer Betrag zu sein. Wir haben gestern 675.000 Euro für die Fahrradstraße gehört du zusätzlich in etwa 80.000 für die Grünraumbegleitung. Das heißt, wir liegen mindestens bei 750.000 bis 800.000 Euro, das scheint uns eine sehr große Summe zu sein, das kritisieren wir stark, denn für 1,2 km diese Größenordnung auszugehen, scheint uns tatsächlich übertrieben. Unter Anführungszeichen, man könnte mit einfacheren Maßnahmen die Fahrradstraße durchaus durchsetzen und nicht so eine große Summe dafür allein auszugeben. Wir haben viele andere Projekte, die aus unserer Sicht wichtiger wären.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte, Herr Klubobmann.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Möglicherweise ist ja heute der Tag, wo man alles mit allem versucht zu vermischen. Ich habe jetzige nicht über das vorherige Stück direkt gesagt, ich rede über das jetzige Stück. Zum einen, lieber Kollege Georg Topf, die Gaswerkstraße tangiert die Eckertstraße vollkommen richtig, aber nicht den Eggenberger Gürtel, ich nehme an, du hast die Reininghausstraße gemeint.

Zwischenruf

Klubobmann **Dreisiebner:**

Eggenbergerallee, danke. Wir könnten uns, ja, ich weiß, das ist schwierig, es gibt so viele Straßennamen, manche sind sogar ähnlich. Das ist einmal das eine Thema. Das andere Thema ist, ich glaube, wir haben die Fahrradstraße hier im Haus schon diskutiert, wir haben, wie du es richtig festgestellt hast, gestern im Ausschuss darüber gesprochen und ich finde es nach geradezu einem Ausdruck von einer gewissen politischen Ratlosigkeit, wenn man meint, dass man zu einem Bebauungsplan, der zwar an die Gaswerkstraße angrenzt, die Gaswerkstraße selbst aber nicht berührt, hier noch über die Fahrradstraße und über diverse Kosten, die unter Umständen durch die dortigen Umsetzungen, die nach weiteren Beteiligungsverfahren und Rücksprachen erfolgen werden, hier noch aufbringen muss, aber das obliegt euch. Soweit zur freien Rede, aber ob das Sinn macht, ich bezweifle es, lieber Kollege Georg Topf, und wie gesagt, einen Dringlichen Antrag oder eine Frage in der Fragestunde, das wäre das passende Werkzeug dafür, aber jedes Stück herzunehmen, um über alles zu reden, was einem gerade am Herzen oder wo auch immer drückt, bitte sehr. Ich würde es nicht machen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Bebauungsplan? Das ist fast einstimmig. Gegenprobe. Gegen die Stimmen der FPÖ und KFG angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11, wenn ich jetzt richtig bin, Wohnen Graz. Berichterstatter ist der Herr Gemeinderat Hackenberger. Nicht im Raum. Karl, kann jemand Herrn Gemeinderat Hackenberger holen? Das ist das letzte Stück auf der

Tagesordnung, auf der öffentlichen. Bitte um kurze Geduld. Bitte Gerhard Hackenberger, falls jemand auch im Klub die Sitzung verfolgt, möge in den Gemeinderatssaal kommen. Ist er da? Das ist schlecht. Ja, keine Ahnung. Kann jemand dieses Stück? Ok, er kommt. Tut mir leid. Er hat geschrieben, er kommt? Bitte, Herr Gemeinderat, du darfst schon zum Rednerpult.

7.11 Stk. 11) A8-102333/2015-0016

Wohnen Graz - Finanzierung von Sanierungen bei WEG-Einheiten

(Berichterstatter: GR Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen. In diesem Stück geht es darum, dass Wohnen Graz beziehungsweise die Stadt Graz im Rahmen von Wohnungseigentümergeinschaften als Mit- und Wohnungseigentümerin für Darlehen und Kredite der jeweiligen Liegenschaften beziehungsweise Wohnungseigentümergeinschaften mithaftende ist und diese Haftung als Eventualverbindlichkeit in den Jahresabschlüssen aufscheinen muss und bei allen Darlehen, die nicht endfällig sind, findet eine laufende Tilgung der Darlehensbeträge statt, sodass zu jedem Jahresende ein niedrigerer Saldo als im Vorjahr vorhanden ist. Hier haben wir Ende 2023 einen gesamt offenen Betrag von 1.116.799 € gehabt und dieser Betrag ist auf 815.290,55 € per 31.12.2024 reduziert worden und demnach macht es Sinn, dass man mit Gemeinderatsbeschluss auch die Haftungsgrenze, die neue Höchsthaftungsgrenze feststellt, im reduzierten Ausmaß, um bei dem Jahresabschluss die Eventualverbindlichkeiten reduzieren zu können. Es wird daher der

Antrag

gestellt: Die Haftungsübernahmen in Höhe von 815.290,55 € für Darlehen im Rahmen von Sanierungen bei WEG-Objekten zu genehmigen. Das entspricht einer Reduktion von 301.509,36 € im Vergleich zum Vorjahreswert. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gem. § 45 Abs 3 Zif 3 iVm § 82 des Statutes des Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967, i.d.F. 122/2024, den

Antrag,

der Gemeinderat wolle mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:

Die Haftungsübernahmen in Höhe von 815.290,55 € für Darlehen im Rahmen von Sanierungen bei Wohnungseigentumsobjekten laut beigefügter Übersicht werden genehmigt. Dies entspricht einer Reduktion von 301.509,36 € im Vergleich zum Vorjahreswert von 1.116.799,91 €.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke. Gibt es Wortmeldungen dazu? Keine Wortmeldungen. Möchtest du noch das Schlusswort? Jetzt bist du eh schon im Raum. Ich hoffe, dass 32 Gemeinderät:innen im Raum sind. Haben Sie den Überblick? Ja, ok. Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für dieses Stück? Das ist meiner Ansicht nach mehrheitlich angenommen. Gegenprobe, ach so, das ist einstimmig angenommen. Das war nicht genau erkenntlich. Ok, einstimmig angenommen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(34:0)

Ende der Tagesordnung: 14.13 Uhr.